

## **Integration ausländischer Arbeitnehmer in die Arbeitsmärkte der EU-Länder**

– Ein europäischer Vergleich –

*Heinz Werner, Ingeborg König*

---

## Die letzten Ausgaben des **IAB** *Werkstattbericht* im Überblick

---

- Nr. 9      Der beschäftigungspolitische Erfolg der Niederlande:  
12.10.2000 **Welche Rolle spielte die Arbeitsmarktflexibilität?**
- Nr. 10      **Qualifizierungspotenziale von „Nicht-formal-Qualifizierten“**  
15.11.2000
- Nr. 11      **Veränderungen der Arbeit, Belastungsrisiken und das Stressproblem**  
30.11.2000
- Nr. 1.      **Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt in Ostdeutschland**  
15. .2001      Monatliche Aktualisierung im Print bis Juni 2001 (Ausgaben 1.1 - 1.6),  
danach monatliche Internet-Ausgaben unter [www.iab.de](http://www.iab.de)
- Nr. 2      **Was und wie man von anderen lernen kann**  
31.1.2001      *Teil I:* Beschäftigungspolitische Vergleiche und wissenschaftliche Politikberatung  
*Teil II:* Beschäftigungspolitische Erfolge bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen und  
Politikkonzepten  
*Teil III:* Zahlen und Graphiken zur Arbeitsmarktentwicklung in ausgewählten Ländern
- Nr. 3      **JUMP, das Jugendsofortprogramm**  
26.2.2001      Unterschiede in den Förderjahrgängen 1999 und 2000 und Verbleib der Teilnehmer nach  
Maßnahmeende
- Nr. 4      **Arbeitsmarktbedingte Zuwanderung und bedenkenswerte Alternativen**  
21.3.2001      Strategien zur Erschließung von Personalreserven
- Nr. 5      **Signalisiert die aktuelle Besserung am Arbeitsmarkt bereits die Trendwende?**  
10.4.2001      Beschäftigungsentwicklung und Beschäftigungsaussichten in Deutschland
- Nr. 6      **Neue Väter braucht das Land!**  
2.5.2001      Wie stehen die Chancen für eine stärkere Beteiligung der Männer am Erziehungsurlaub
- Nr. 7      Ältere Arbeitnehmer  
29.6.2001      **Das Rentenalter wurde angehoben – zieht der Arbeitsmarkt mit?**  
Eine Analyse zum Übergang in Rente, zu Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit Älterer
- Nr. 8      **Beschäftigung, Fachkräfte und Produktivität – Differenzierte Problemlagen auf dem  
14.8.2001      ostdeutschen Arbeitsmarkt**  
Ergebnisse der fünften Welle des IAB-Betriebspanels Ost 2000
- Nr. 9      **Ein „Schalter“ für die Forschung**  
16.8.2001      Daten des IAB-Betriebspanels stehen externen Forschern seit 1999 zur Verfügung

*Die Reihe „IAB Werkstattbericht“ gibt es seit 1991. Eine vollständige Themenübersicht finden Sie in den  
„Veröffentlichungen“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Tel. 0911/179-3025).*

---

### **IAB** *Werkstattbericht*

Nr. 10 / 21.8.2001

#### **Redaktion**

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

#### **Graphik & Gestaltung**

Monika Pickel, Elisabeth Strauß

#### **Technische Herstellung**

Hausdruckerei der BA

#### **Bezugsmöglichkeit**

Institut für Arbeitsmarkt- und  
Berufsforschung,  
Regensburger Str. 104,  
D-90327 Nürnberg  
Tel.: 0911/179-3025

#### **Schutzgebühr**

Einzelheft: 2,- DM (zzgl. Porto);  
Jahresabonnement: 40,- DM (inkl. Porto)

#### **Rückfragen zum Inhalt an**

Dr. Heinz Werner, Tel. 0911/179-3090  
Ingeborg König, Tel. 0911/179-3092  
oder e-Mail: [vorname.name@iab.de](mailto:vorname.name@iab.de)

#### **Rechte**

Nachdruck - auch auszugsweise - nur  
mit Genehmigung des IAB gestattet

**ISSN** 0942-1688

**IAB im Internet:** <http://www.iab.de>

# Integration ausländischer Arbeitnehmer in die Arbeitsmärkte der EU-Länder

– Ein europäischer Vergleich –

## Vorbemerkung

*In den westeuropäischen Staaten leben – ohne Eingebürgerte – etwa 20 Millionen Ausländer.<sup>1</sup> Davon dürften etwa 40% erwerbstätig sein. Ein großer Teil derer, die nach Deutschland gekommen sind, lebt schon lange im Land und viele werden bleiben. Damit wird deren Integration zu einer wichtigen Aufgabe. Außerdem ist nicht nur bei uns, sondern auch in einer Reihe anderer Länder die Diskussion um mehr Zuwanderung wieder in Gang gekommen. Die Integrationsfrage wird somit an Bedeutung gewinnen, denn Zuwanderung und anschließende Integration sind zwei Seiten der selben Medaille.*

*Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt bildet einen zentralen Aspekt der Gesamtintegration in die Gesellschaft des Aufnahmelandes. Im Folgenden wird der Stand der Integration der ausländischen Arbeitnehmer in die Arbeitsmärkte der EU-Länder verglichen. Nach einer Begriffsklärung werden Gründe erläutert, die Integrationsbemühungen sinnvoll, ja notwendig machen. Anschließend wird anhand einer Reihe von Indikatoren festgestellt, welche Arbeitsmarktposition ausländische gegenüber einheimischen Arbeitskräften einnehmen. Zum Schluss wird ein Fazit gezogen.*

## Was ist Integration?

Integration ist Prozess und Zustand. Als Zustand ist Integration Ergebnis eines Prozesses bzw. ein Ziel. Das Ziel gilt dann als erreicht, wenn sich in den persönlichen Charakteristiken oder in der „Teilhabe“ an der Gesellschaft keine Unterschiede mehr ergeben zwischen Zugewanderten und vergleichbaren Einheimischen. Auf den Arbeitsmarkt bezogen bedeutet dies, dass bei wichtigen Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Beschäftigung oder Verdienst die Ausprägungen für vergleichbare Gruppen von Inländern und Ausländern ebenfalls gleich (geworden) sind.

Integration meint aber auch den Prozess als solchen. Dieser Prozess betrifft sowohl die Zugewanderten, die nach Integration streben, als auch die Aufnahmegesellschaft, die in wohlverstandenen Eigeninteresse versucht, das Erreichen des Integrationszieles zu unterstützen. Der Prozess in Richtung Integration kann gleichwohl sein Ziel verfehlen oder sich – wie viele soziale Prozesse – umkehren.

Wenn Integration erfolgreich verlaufen soll, müssen für Ausländer oder ethnische Minderheiten die gleichen Rechte und Pflichten gelten wie für Einheimische. Dies gilt nicht nur nach dem Gesetz, sondern auch in der Praxis der Rechtsanwendung und Rechtsauslegung.

Gleichheit muss das Prinzip von Gesetzen sein, die die Sicherheit des Aufenthaltes, soziale Rechte, Bildung, Teilnahme am wirtschaftlichen und kulturellen Leben betreffen. Gleichheit in kultureller Hin-

---

<sup>1</sup> Vgl. OECD (2001): Trends in international migration, Paris, Zahlen zur Ausländerbevölkerung und Beschäftigung S. 306, Einbürgerungen S. 346 ff. Einige Länder bürgern vergleichsweise leicht ein. Deutschland verfuhr bis in die jüngste Vergangenheit eher restriktiv.

sicht bedeutet, dass Ausländer bzw. ethnische Minderheiten das Recht haben, ihre eigene Sprache zu sprechen, kulturelle Traditionen zu pflegen, ihrem eigenen Glauben anzugehören und eigene Glaubensstätten zu errichten, sofern dadurch nicht grundlegende Gesetze des Aufnahmelandes verletzt werden.<sup>2</sup>

Gleiche Bedingungen müssen nicht nur nach den Buchstaben des Gesetzes vorliegen, sondern auch in der Praxis gegeben sein. In einer wettbewerbsorientierten Gesellschaft ist Gleichheit vor dem Gesetz zwar eine wichtige Grundlage für Integration, kann jedoch selten allein sicherstellen, dass Menschen aus anderen Kulturen die gleichen gesellschaftlichen Chancen haben wie (vergleichbare) Einheimische. Deshalb muss den schwächeren Gruppen geholfen werden, damit sie unter ähnlichen Bedingungen konkurrieren können. An erster Stelle ist hierbei die Sprache zu nennen, die als Kommunikationsmittel für eine erfolgreiche Integration unerlässlich ist. Wer die Sprache des Aufnahmelandes schlecht oder gar nicht spricht, der sollte beim Erwerb der Landessprache gefördert werden. Dabei darf auch das Engagement des Einzelnen erwartet und gefordert werden. Wem es aufgrund des kulturellen Hintergrundes oder der Erziehung an Bildung und Ausbildung mangelt, dem sollte geholfen werden, ein Qualifikationsniveau zu erreichen, das dem der Mitschüler oder der Mitbewerber um Arbeitsplätze und Weiterbildungsangebote vergleichbar ist.

Am Ende des Integrationsprozesses sollten jedenfalls keine Unterschiede mehr bestehen zwischen (vergleichbaren) Gruppen der Einheimischen und der Migranten bei Indikatoren wie Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung, bei den Erwerbsformen, beim Verdienst oder der Bildungsbeteiligung.

## Warum Integration?

Der größte Teil der hier lebenden Ausländer ist schon lange in Deutschland. Mit steigender Aufenthaltsdauer wird in der Regel eine Rückkehr in das Herkunftsland immer weniger wahrscheinlich. Außerdem ist auch in Zukunft mit Zuwanderung zu rechnen, sei es wie bisher im Zuge der Familienzusammenführung, als Aussiedler oder Asylsuchender, sei es auf neuen Wegen wie der „Greencard“ oder als Fachkraft über ein Punktesystem, wie es die Zuwanderungskommission vorschlägt. Auch aus demographischen Gründen könnte es zu mehr Zuwanderung kommen, da in Deutschland das Erwerbspersonenpotential spätestens ab 2010 stark zurückgehen wird.<sup>3</sup> Damit wird die Diskussion um Integration neu belebt werden.

Zuwanderung und Integration sind zwei Seiten der selben Medaille. Eine erfolgreiche Integration ist umso eher möglich, je besser es gelingt, die Zuwanderung zu steuern. Ein unkontrolliertes, beliebiges „laissez-faire“ würde Integrationsbemühungen erschweren, unkalkulierbare Konkurrenzbeziehungen zwischen Einheimischen und Immigranten entstünden. Die Überforderung des Bildungswesens wie der sozialen Systeme und die sich daraus ergebenden hohen Kosten würden von der einheimischen Bevölkerung nicht akzeptiert. Dies würde unweigerlich zu Spannungen führen, die eine Integration erschweren. Auch die klassischen Einwanderungsländer (z.B. USA, Kanada und Australien) oder Länder mit hohen Ausländeranteilen wie die Schweiz, haben stets darauf geachtet, die Zuwanderung zu steuern und im Einklang mit der Akzeptanz ihrer Bevölkerung zu gestalten.

---

<sup>2</sup> Im gesellschaftlichen Subsystem Arbeitsmarkt spielen Kultur oder Religion primär keine wesentliche Rolle. Kultur bzw. Religion würde einen Einfluss haben, wenn z. B. Pausen für moslemische Gebete vom Arbeitgeber zugelassen werden müssten oder bestimmte Feiertage akzeptiert werden müssten.

<sup>3</sup> Johann Fuchs, Manfred Thon (1999): Potentialprojektion bis 2040. Nach 2010 sinkt das Angebot an Arbeitskräften, IAB-Kurzbericht Nr. 4/1999

Drei Gründe sprechen dafür, eine möglichst umfassende Integration von ausländischen Arbeitskräften und ihrer Familienangehörigen anzustreben:

- **Humanitäre**, weil die Menschen über Jahre hinweg im Land gelebt und gearbeitet haben und einen Beitrag zur Entwicklung des Aufnahmelandes geleistet haben. Entschließen sie sich, auf Dauer im Land zu bleiben, dann muss es ihnen ermöglicht werden, am Leben der Gesellschaft des Aufnahmelandes gleichberechtigt teilzunehmen.
- **Soziale**, weil die Benachteiligung bestimmter Gruppen zu deren Ausgrenzung führt. Dies wiederum kann zu unerwünschten Folgen führen wie Ghettoisierung, Kriminalität oder gar zu sozialen Unruhen.
- **Wirtschaftliche**, weil eine Benachteiligung am Arbeitsmarkt dazu führt, dass die Humanressourcen ausländischer Arbeitskräfte nicht voll ausgeschöpft werden: Ueffizienter Einsatz, ungenutzte Produktivitätspotentiale sowie vermeidbare Kosten für die Volkswirtschaft und deren soziale Sicherungssysteme sind die Folge.

## Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland und in den EU-Ländern

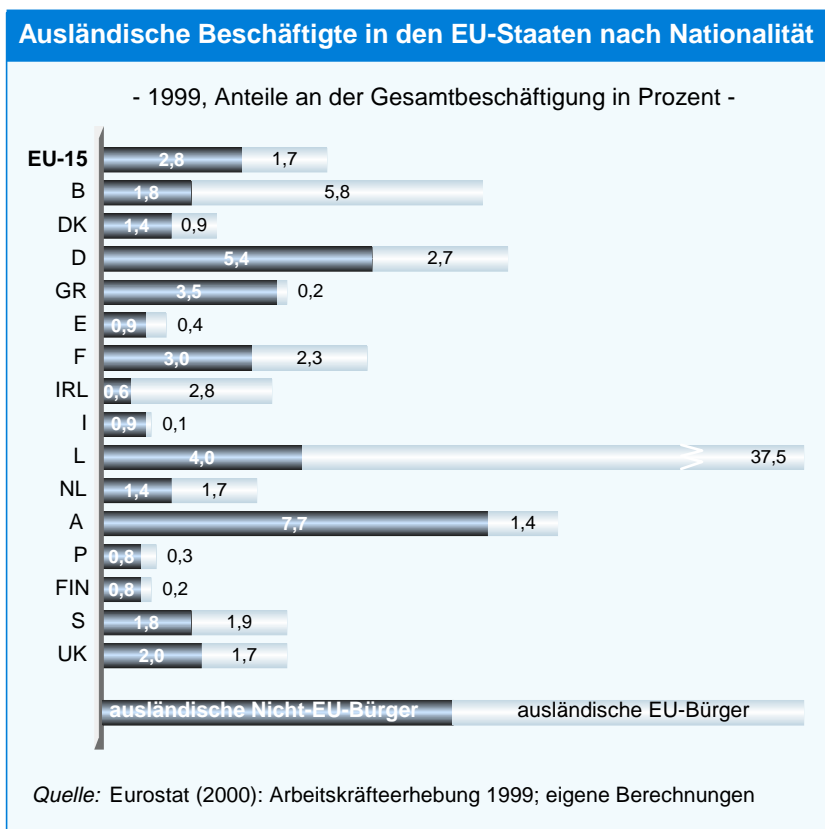
Die Entwicklung von ausländischer Wohnbevölkerung und Beschäftigung (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) in Deutschland zeigt die **Tabelle 1** (auf Seite 6). In den alten Bundesländern liegt der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung heute bei 10 Prozent, in den neuen Bundesländern lediglich bei einem Prozent.

Im Jahr 1999 lebten ca. 8,2 Millionen ausländische Arbeitskräfte in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, drei Viertel davon in den bevölkerungsreichsten Ländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Wie die **Abbildung** zeigt, gibt es die höchsten Ausländeranteile an Arbeitskräften in Luxemburg (42 %), Österreich (9,6 %), Deutschland (8,8 %) und Belgien (9,6 %).

Seit 1983<sup>4</sup> hat sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in fast allen Mitgliedstaaten deutlich erhöht. Da im gleichen Zeitraum auch ein Anstieg an inländischen Arbeitskräften zu verzeichnen war, sind die Anteilswerte jedoch fast unverändert geblieben.

Lediglich 3 Millionen aller ausländischen Arbeitskräfte sind derzeit EU-Bürger. In

<sup>4</sup> 1983 fand erstmals die Europäische Arbeitskräfteerhebung statt. Sie wird seither jährlich in allen EU-Ländern durchgeführt.



den meisten EU-Ländern machen Ausländer aus Drittstaaten deshalb immer noch über die Hälfte der ausländischen Arbeitskräfte aus (vgl. *wiederum die Abbildung*). Nur in Luxemburg (wegen seiner Bedeutung als Finanzplatz, der dortigen EU-Institutionen und der schon immer starken Zuwanderung aus den EU-Mittelmeerländern), in Irland (wegen vieler britischer Arbeitskräfte) und in Belgien bildeten EU-Angehörige die Mehrheit der ausländischen Arbeitskräfte. Vergleichsweise hohe Anteile an EU-Ausländern finden sich allerdings auch in den Niederlanden, in Schweden (aus Finnland) und Großbritannien (aus Irland).

Es sei darauf hingewiesen, dass die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte auch von den Einbürgerungsbestimmungen entscheidend abhängt. Denn in Ländern, die es Ausländern leicht machen, die Nationalität des Gastlandes anzunehmen, gibt es unter sonst gleichen Bedingungen logischerweise weniger Ausländer als in Ländern mit strikteren Einbürgerungsgesetzen. So weisen die Niederlande, Schweden, Belgien, Dänemark oder Frankreich recht hohe Einbürgerungsquoten aus.<sup>5</sup> In Deutschland dagegen war bis in die jüngste Zeit der Erwerb der Staatsangehörigkeit schwieriger und langwieriger als in den meisten anderen Ländern und die Zahl der Einbürgerungen deshalb niedriger. Einen Großteil der Eingebürgerten stellen nach wie vor die Aussiedler, die i.d.R. die deutsche Staatsbürgerschaft nach der Einreise „automatisch“ erhalten.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu OECD (2001): Trends in international migration, Paris, S. 307

Tabelle 1

Ausländer in Deutschland seit 1960			
Jahr	Ausländische Bevölkerung <sup>1)</sup>	Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>2)</sup>
	in 1000	in %	in 1000
1960	686,2	1,2	279,4
1968	1.924,2	3,2	1.014,8
1969	2.381,1	3,9	1.372,1
1970	2.976,5	4,9	1.838,9
1971	3.438,7	5,6	2.168,8
1972	3.526,6	5,7	2.317,0
1973	3.966,2	6,4	- <sup>3)</sup>
1974	4.127,4	6,7	2.150,6
1975	4.089,6	6,6	1.932,6
1976	3.948,3	6,4	1.873,8
1977	3.948,3	6,4	1.833,5
1978	3.981,1	6,5	1.862,2
1979	4.143,8	6,7	1.965,8
1980	4.453,3	7,2	1.925,6
1981	4.629,7	7,5	1.832,2
1982	4.666,9	7,6	1.709,5
1983	4.534,9	7,4	1.640,6
1984	4.363,6	7,1	1.552,6
1985	4.378,9	7,2	1.536,0
1986	4.512,7	7,4	1.544,7
1987	4.240,5	6,9	1.557,0
1988	4.489,1	7,3	1.607,1
1989	4.845,9	7,7	1.683,8
1990	5.342,5 <sup>4)</sup>	8,4	1.793,4
1991	5.882,3	7,3	1.908,7
1992	6.495,8	8,0	2.119,6
1993	6.878,1	8,5	2.150,1
1994	6.990,5	8,6	2.109,7
1995	7.173,9	8,8	2.094,0
1996	7.314,0	8,9	2.050,5 <sup>5)</sup>
1997	7.365,8	9,0	1.997,8
1998	7.319,6	8,9	2.023,8
1999	7.343,6	9,0 <sup>6)</sup>	2.015,1

<sup>1)</sup> bis 1984 Stichtag 30.9.; ab 1985 Stichtag 31.12. eines jeden Jahres.

<sup>2)</sup> ab 1960 Juli-Erhebung; 1968 - 1973 Juni-Erhebung; ab 1974 Dezember-Erhebung.

<sup>3)</sup> keine Erhebung.

<sup>4)</sup> ab 1990 West- und Ostdeutschland.

<sup>5)</sup> ab 1996 West- und Ostdeutschland.

<sup>6)</sup> 30.09.1999.

Quelle: Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen: Daten und Fakten zur Ausländersituation, Oktober 2000; Statistisches Bundesamt/ Bundesanstalt für Arbeit.

## Integration von ausländischen Arbeitskräften in den Arbeitsmarkt – ein europäischer Vergleich

### Messung der Integration in den Arbeitsmarkt

Wie bereits erwähnt, lässt sich Integration in den Arbeitsmarkt als Prozess in Richtung gleicher Erwerbsstrukturen zwischen ausländischen und einheimischen Erwerbspersonen interpretieren. Insofern kann Integration gemessen werden an der Abweichung (oder Ähnlichkeit) der Erwerbsstrukturen für vergleichbare Gruppen. Am Ende des Integrationsprozesses sollten keine Unterschiede mehr bestehen zwischen Einheimischen und Migranten bei Indikatoren wie Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung, bei den Erwerbsformen, bei Verdiensten oder der Bildungsbeteiligung.

Um den Integrationsstand korrekt beurteilen zu können, müssten – wie gesagt – **vergleichbare** Gruppen von Einheimischen und Ausländern/ethnischen Minderheiten gegenübergestellt werden. Ein großes Problem ist aber die Bildung einheimischer Vergleichsgruppen. Sie müssen in ihren Merkmalen weitgehend identisch sein: Alter, Geschlecht, Qualifikation, Beruf, Wirtschaftszweig und Region sind solche wichtigen Merkmale, wenn es um den Arbeitsmarkt geht.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass Integration auch eine zeitliche Dimension hat. Die persönliche Situation und die Lage der aufeinander folgenden Generationen am Arbeitsmarkt verändern sich im Laufe der Zeit. Wird die Integration in Form von Kennziffern (z. B. für ein Jahr) gemessen, erhält man lediglich Informationen über einen bestimmten **Zeitpunkt**. Individuell unterschiedlich verlaufende Integrationsprozesse, die sich zum Zeitpunkt der Messung auf unterschiedlichen Integrationsstufen befinden (können), werden addiert und normiert (z. B. durch die Bildung von Verhältniszahlen, wie bei der Arbeitslosenquote). Die Unterschiede im **Zeitablauf** und zwischen den Generationen werden dabei verwischt, weil man nur einen Mittelwert zu einem Zeitpunkt erhält (Querschnittsbetrachtung). Hinter diesem durchschnittlichen Wert können sich jedoch erhebliche Unterschiede z. B. nach der Nationalität/dem Herkunftsland usw. verbergen.

Wegen der zeitlichen Dimension kann also korrekterweise der Grad der Integration nur im Zeitablauf mit Hilfe einer Längsschnittuntersuchung festgestellt werden. Die individuelle Entwicklung der Zuwanderer und die der folgenden Generationen innerhalb der Gesellschaft des Aufnahmelandes müssten verfolgt und mit jener der einheimischen Bevölkerung verglichen werden. Dies wäre z. B. mit einer retrospektiven Befragung möglich, während der die Stufen der Integration anhand der Vergangenheit bis zum Befragungszeitpunkt individuell ermittelt werden. Solche Untersuchungen liegen aber nicht vor.<sup>6</sup>

Die Messung der Integration anhand von zeitlichen Querschnitten ist also nicht ohne Probleme. Mangels anderer Alternativen sollen im folgenden trotzdem einige Indikatoren für einzelne Jahre herangezogen werden, die als Hinweis auf den Stand der Integration der ausländischen Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt gelten können und die zugleich einen Vergleich zwischen Ländern gestatten. Solche Daten liefert die Europäische Arbeitskräfteerhebung (AKE).

Die AKE wird in allen EU-Ländern jährlich nach einem einheitlichen Fragebogen durchgeführt. Damit ist eine gewisse Vergleichbarkeit über die Zeit und zwischen den Ländern möglich. Allerdings ist bei

---

<sup>6</sup> In den beiden für die Zuwanderungskommission erstellten Gutachten zur beruflichen Integration von Zuwanderern in Deutschland findet sich zumindest kein Hinweis dazu. <http://www.bmi.bund.de/frameset/index.jsp>

der AKE der Umfang der erhobenen Merkmale begrenzt. Ausgewählt wurden die Arbeitslosenquote, die Beschäftigungsquote und die Selbständigenquote. Sie erlauben eine erste Einschätzung der Position auf dem Arbeitsmarkt für Einheimische, EU-Bürger und Drittstaatsangehörigen in den Mitgliedstaaten der EU.

### Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist ein wichtiger Indikator für die Integration von Ausländern in den Arbeitsmarkt. Wiederholte oder langandauernde Arbeitslosigkeit birgt die Gefahr der Marginalisierung und kann zu Dequalifizierung führen. Landesspezifische Gegebenheiten bei den unterschiedlichen Integrationsvoraussetzungen von EU-Bürgern und Angehörigen aus Drittstaaten müssten sich in unterschiedlichen Arbeitslosenquoten der Ausländer im Vergleich zu denen der Einheimischen niederschlagen. 1999 waren fast 1,3 Millionen Ausländer in der EU arbeitslos, davon stammten ca. 260.000 aus EU-Ländern (20%). Die *Tabelle 2* zeigt für die Jahre 1983 bis 1999 die jeweiligen Arbeitslosenquoten für alle 15 EU-Staaten. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Staatsangehörigen liegt in der Regel – zum Teil erheblich – über der der Inländer. Dies wird besonders deutlich bei den Erwerbspersonen aus Drittstaaten. Am größten sind die Unterschie-

Tabelle 2

Arbeitslosenquoten in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staatsangehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU-Bürger	Nicht-EU-Bürger	
<b>Österreich</b>					
1983					
1987					
1995	4,1	6,8	1,2	7,6	4,4
1999	4,3	8,6	3,8	9,4	4,7
<b>Belgien</b>					
1983	10,8	21,9	19,3	26,0	11,7
1987	10,2	24,8	21,8	32,8	11,3
1995	8,2	23,5	17,5	36,7	9,4
1999	7,6	19,9	13,4	35,8	8,7
<b>Deutschland</b>					
1983	6,1	11,3	9,7	11,9	6,5
1987	6,4	12,5	9,7	14,0	6,9
1995	7,5	15,1	9,4	17,6	8,2
1999	8,3	15,8	8,8	18,9	8,9
<b>Dänemark</b>					
1983	9,8	19,0	8,1	24,8	9,9
1987	6,0	15,2	11,3	17,0	6,2
1995	6,8	18,1	7,2	26,5	7,0
1999	5,0	12,4	4,8	16,7	5,2
<b>Spanien</b>					
1983					
1987	20,8	15,4	10,6	20,0	20,8
1995	22,9	22,8	19,4	24,7	22,9
1999	15,8	14,3	13,5	14,7	15,8
<b>Finnland</b>					
1983					
1987					
1995	17,1	26,3	24,1	27,3	17,2
1999	11,6	25,6	18,0	27,3	11,8
<b>Frankreich</b>					
1983	7,5	14,6	11,4	15,1	8,0
1987	10,2	19,0	11,8	25,1	10,8
1995	11,3	21,7	10,5	29,3	11,9
1999	11,4	23,1	10,8	30,4	12,1
<b>Griechenland</b>					
1983	8,1	14,5	4,8	16,6	8,1
1987	7,5	16,4	9,0	18,2	7,6
1995	9,2	13,8	8,2	14,6	9,3
1999	12,0	12,3	10,8	12,4	12,0



noch Tabelle 2

Arbeitslosenquoten in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Irland</b>					
1983	15,0	21,0	22,1	16,2	15,2
1987	18,3	23,0	23,7	19,9	18,5
1995	12,0	18,1	19,1	14,1	12,2
1999	5,7	7,6	7,3	8,7	5,8
<b>Italien</b>					
1983					8,6
1987					10,9
1995	11,9	12,9	9,3	13,9	11,9
1999	11,9	6,6	6,2	6,7	11,8
<b>Luxemburg</b>					
1983	2,9	3,9	3,9	4,0	3,2
1987	2,2	3,0	2,9	5,5	2,5
1995	2,5	3,6	3,5	5,5	2,9
1999	1,6	3,4	2,9	8,0	2,4
<b>Niederlande</b>					
1983	11,4	24,5	16,1	27,8	11,9
1987	9,4	25,0	14,5	31,5	10,0
1995	6,5	23,6	11,0	33,3	7,2
1999	3,4	10,7	4,6	17,3	3,6
<b>Portugal</b>					
1983					
1987	7,6	14,1	5,6	16,2	7,6
1995	7,3	12,2	9,9	14,5	7,4
1999	4,7	12,8	8,6	14,3	4,9
<b>Schweden</b>					
1983					
1987					
1995	7,7	19,7	14,5	24,7	8,2
1999	7,2	18,2	5,4	28,4	7,7
<b>Großbritannien</b>					
1983	11,1	14,0	11,2	15,8	11,2
1987	11,0	13,2	12,4	13,7	11,1
1995	8,6	14,4	11,2	17,0	8,8
1999	6,0	9,6	7,4	11,4	6,1
<b>EU</b>					
1983	8,7	13,9	11,8	14,8	8,9
1987	10,6	15,5	12,1	17,9	10,8
1995	10,5	16,7	10,8	20,2	10,8
1999	9,2	15,6	8,9	19,3	9,5

Anmerkung: Die Arbeitslosenquote errechnet sich aus den 15-64jährigen Arbeitslosen bezogen auf Arbeitskräfte (15-64 Jahre).

Quelle: Eurostat Arbeitskräfteerhebung

de in Belgien, Dänemark, Schweden und den Niederlanden. Das Verhältnis zwischen einheimischer Quote und der Quote für Drittstaatler liegt etwa bei eins zu vier. Im Zeitablauf haben sich die Abstände zwischen den Arbeitslosenquoten der Einheimischen und der Ausländer nicht verändert.<sup>7</sup>

Bei den Arbeitslosenquoten der EU-Ausländer sind die Unterschiede zu denen der Inländer weniger groß. Die Quote für die EU-Arbeitnehmer liegt in der Regel zwischen der für Inländer und der für die Ausländer insgesamt. Die Länder lassen sich in zwei Gruppen einteilen: In acht Mitgliedstaaten – darunter Deutschland und Großbritannien – lag die Arbeitslosenquote von EU-Arbeitnehmern zwischen der für Inländer und der für Ausländer aus Drittstaaten. In der anderen Gruppe – bestehend aus Österreich, Spanien, Schweden, Frankreich, Griechenland und Italien – unterschritten die Arbeitslosenquoten der EU-Ausländer sogar die Quoten der Inländer. Eine Rolle könnte dabei spielen, dass arbeitslose EU-Angehörige häufig in ihre Heimatländer zurückkehren und insofern die Arbeitslosenstatistiken in ihrem bisherigen Beschäftigungsland entlasten. Anders als Drittstaatler können sie ihre Ansprüche aus der Arbeitslosenver-

<sup>7</sup> Vgl. hierzu auch Melanie Kiehl, Heinz Werner (1998): Die Arbeitsmarktsituation von EU-Bürgern und Angehörigen von Drittstaaten in der EU, IAB-Werkstattbericht Nr. 7/1998.

sicherung in ihr Heimatland übertragen. Wegen der Freizügigkeitsregelung können sie auch jederzeit wieder zurückkommen. Sicherlich spielen auch kulturelle Nähe zum Industriestaat, den Arbeitsweisen etc. eine integrationsfördernde Rolle.

Die – von wenigen Ländern abgesehen – höhere Erwerbslosigkeit von Frauen schlägt sich bei Ausländerinnen noch stärker nieder (*Tabelle 3*). So lag in einigen Ländern ihre Arbeitslosenquote über derjenigen der ausländischen Männer und in der gesamten Union über der der einheimischen Frauen. Allerdings wiesen in der Regel EU-Ausländerinnen eine geringere Arbeitslosigkeit auf als Ausländerinnen aus Drittstaaten. In Deutschland entsprechen in den letzten Jahren die Arbeitslosenquoten der Frauen aus EU-Ländern denen der einheimischen Frauen. Dagegen ist die Arbeitslosenquote der Frauen aus Drittstaaten doppelt so hoch.

In vielen Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit erheblich höher als in Deutschland. Besonders besorgniserregend ist die hohe Arbeitslosigkeit ausländischer Jugendlicher, vor allem aus Drittstaaten (*Tabelle 4, Seiten 12 und 13*). Dies gilt besonders für Belgien, Frankreich, Portugal, Niederlande und Schweden. Auch in Deutschland liegt die Arbeitslosigkeit bei ausländischen Jugendlichen doppelt so hoch wie bei den deutschen. Bei

Tabelle 3

Arbeitslosenquoten von Frauen in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Österreich</b>					
1983					
1987					
1995	4,7	7,8	1,0	8,9	4,9
1999	4,4	9,2	2,6	10,4	4,8
<b>Belgien</b>					
1983	16,9	32,6	31,5	34,5	17,9
1987	16,5	36,5	34,8	43,1	17,7
1995	11,0	31,5	24,4	48,0	12,3
1999	9,3	23,8	18,3	39,4	10,3
<b>Deutschland</b>					
1983	7,1	14,3	11,8	15,2	7,6
1987	7,5	15,1	12,0	17,1	8,0
1995	9,3	14,9	9,4	17,5	9,7
1999	8,9	14,9	8,8	17,8	9,3
<b>Dänemark</b>					
1983	10,5	17,9	17,7	18,0	10,6
1987	7,0	18,6	15,6	19,8	7,2
1995	8,4	21,5	3,8	30,8	8,6
1999	5,7	12,6	2,5	19,7	5,9
<b>Spanien</b>					
1983					
1987	28,3	14,6	8,2	18,9	28,3
1995	30,6	27,0	26,1	27,6	30,5
1999	23,2	17,5	20,5	16,3	23,1
<b>Finnland</b>					
1983					
1987					
1995	16,2	30,4	57,8	24,1	16,3
1999	12,3	26,5	24,9	26,7	12,5
<b>Frankreich</b>					
1983	10,1	19,3	16,8	19,6	10,5
1987	13,1	23,6	15,0	34,9	13,5
1995	13,6	24,4	11,8	35,3	14,2
1999	13,4	25,9	11,3	36,3	14,0
<b>Griechenland</b>					
1983	12,1	18,2	11,1	20,2	12,2
1987	11,6	21,3	7,4	24,8	11,7
1995	14,0	18,2	8,8	20,4	14,1
1999	18,2	19,3	17,5	19,5	18,2

noch Tabelle 3

Arbeitslosenquoten von Frauen in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Irland</b>					
1983	15,9	24,3	25,6	18,6	16,2
1987	19,0	26,7	27,6	21,9	19,2
1995	11,9	19,2	19,5	17,7	12,1
1999	5,4	8,2	8,1	8,5	5,5
<b>Italien</b>					
1983					14,3
1987					16,8
1995	16,3	22,8	15,0	27,1	16,3
1999	16,4	11,8	7,0	12,9	16,4
<b>Luxemburg</b>					
1983	4,2	6,9	6,8	7,0	5,1
1987	3,5	4,3	4,0	10,2	3,8
1995	3,8	5,3	5,3	6,1	4,4
1999	2,2	4,7	4,0	12,7	3,3
<b>Niederlande</b>					
1983	13,4	29,5	20,1	34,2	13,8
1987	13,5	36,6	26,9	42,2	14,0
1995	8,2	24,3	14,8	32,3	8,7
1999	4,7	11,5	5,6	18,7	4,9
<b>Portugal</b>					
1983					
1987	9,9	19,1	53,3	17,5	9,9
1995	8,0	20,3	15,0	24,8	8,1
1999	5,3	12,2	12,2	12,2	5,4
<b>Schweden</b>					
1983					
1987					
1995	7,1	15,6	12,5	19,0	7,4
1999	6,4	17,1	5,9	27,4	6,9
<b>Großbritannien</b>					
1983	9,8	10,2	7,4	12,5	9,9
1987	10,5	10,9	8,6	12,3	10,5
1995	6,8	11,8	8,2	15,1	7,0
1999	5,0	8,9	7,2	10,5	5,2
<b>EU</b>					
1983	9,8	16,0	13,4	17,1	10,8
1987	12,5	17,5	14,1	20,4	13,3
1995	12,3	17,2	11,3	21,1	12,5
1999	10,9	15,9	9,5	20,0	11,1

Anmerkung: Die Arbeitslosenquote errechnet sich aus den 15-64jährigen Arbeitslosen bezogen auf Arbeitskräfte (15-64 Jahre).

Quelle: Eurostat Arbeitskräfteerhebung

den ausländischen Jugendlichen ist es nicht die Regel, dass Angehörige aus EU-Ländern prinzipiell besser stünden als Jugendliche aus Drittstaaten.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass hinter dem Aggregat „Ausländer“ keineswegs homogene Personengruppen stehen. Dies zeigte sich bereits bei der einfachen Aufteilung in EU- und Nicht-EU-Bürger. Die „Ausländer“ unterscheiden sich hinsichtlich Nationalität bzw. ethnischer Herkunft und weiteren Merkmalen, was auch die in verschiedenen Ländern unterschiedlichen Arbeitslosenquoten nach Nationalität widerspiegeln. Beispielsweise liegt die Arbeitslosigkeit von türkischen Migranten in Belgien und Deutschland unter der jeweiligen durchschnittlichen Arbeitslosigkeit der Ausländer aus Drittstaaten, im Vereinigten Königreich und Frankreich dagegen deutlich darüber. Auch innerhalb der Länder ergeben sich Unterschiede: In Deutschland etwa haben Spanier eine geringere Arbeitslosenquote als Griechen und Italiener, die Arbeitslosigkeit der türkischen Ausländer ist höher als die der Zuwanderer aus dem früheren Jugoslawien.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Siehe hierzu Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2000): Daten und Fakten zur Ausländersituation, S. 55

## Beschäftigung

Neben der Arbeitslosigkeit bieten auch Erwerbstätigenquoten die Möglichkeit, Abweichungen in der Arbeitsmarktposition zwischen In- und Ausländern festzustellen. Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Für die Bewertung der Arbeitsmarktposition (als Integrationsindikator) ist die Erwerbstätigenquote besonders gut geeignet. Denn Beschäftigung ermöglicht den Lebensunterhalt aus eigener Kraft und bestimmt wesentlich die Stellung in der Gesellschaft.

Als Indikator für Integration soll hier die Beschäftigungsquote der ausländischen Frauen herangezogen werden: Ausländische Frauen haben es aus einer Reihe von Gründen schwerer als einheimische Frauen oder ausländische Männer, eine Beschäftigung zu finden. Ihre Arbeitslosenquote liegt in der Regel über der Gesamtquote für Ausländer und erheblich über der Arbeitslosenquote der einheimischen Frauen. Während der männliche Arbeitnehmer in der Regel über sein Arbeitsumfeld Kontakte knüpft und Sozialisation im Aufnahmeland möglich wird, haben es ausländische Frauen schwerer. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt wird oft durch mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Qualifikationen behindert – nicht selten auch durch tradierte Rollen. Diese Faktoren

Tabelle 4

Arbeitslosenquoten von Jugendlichen in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Österreich</b>					
1983					
1987					
1995	5,3	10,4	2,6	10,8	5,9
1999	5,5	9,9		10,5	5,9
<b>Belgien</b>					
1983	22,4	39,0	34,5	46,7	23,9
1987	19,6	41,9	39,4	48,7	21,4
1995	19,7	42,7	33,3	55,3	21,5
1999	21,5	37,0	28,8	46,9	22,6
<b>Deutschland</b>					
1983	10,1	18,2	16,7	18,8	10,6
1987	6,9	15,4	10,6	18,0	7,5
1995	7,3	15,7	9,1	17,8	8,5
1999	7,8	17,4	15,2	18,1	8,9
<b>Dänemark</b>					
1983	18,8	22,5	11,0	29,4	18,9
1987	8,8	18,1	9,7	20,8	8,9
1995	9,8	14,3		18,2	9,9
1999	9,9	13,3		14,9	10,0
<b>Spanien</b>					
1983					
1987	43,5	26,5	12,3	49,8	43,5
1995	41,8	36,1	16,2	45,6	41,7
1999	29,5	26,1	35,7	22,4	29,5
<b>Finnland</b>					
1983					
1987					
1995	41,6	8,6		9,6	41,2
1999	28,6	23,3		20,0	28,6
<b>Frankreich</b>					
1983	19,1	30,0	22,9	30,7	19,8
1987	22,8	34,0	22,1	46,0	23,4
1995	26,5	38,1	20,4	46,3	27,1
1999	26,0	35,5	15,7	42,2	26,5
<b>Griechenland</b>					
1983	23,0	26,7		33,3	23,1
1987	24,9	29,8	44,4	27,1	25,0
1995	28,2	17,7	18,8	17,6	27,9
1999	32,4	20,7	18,5	20,7	31,7

noch Tabelle 4

Arbeitslosenquoten von Jugendlichen in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Irland</b>					
1983	21,0	32,5	34,7	24,3	21,3
1987	25,8	33,3	34,8	24,7	26,0
1995	18,9	24,3	23,8	26,3	19,0
1999	8,4	9,3	8,5	14,5	8,4
<b>Italien</b>					
1983					28,9
1987					33,7
1995	32,8	29,1		32,9	32,8
1999	33,1	14,4	32,9	9,9	32,9
<b>Luxemburg</b>					
1983	6,1	8,3	7,8	9,1	6,7
1987	5,0	6,1	5,8	13,9	5,4
1995	6,1	8,5	7,4	21,0	7,2
1999	6,0	7,4	6,7	13,5	6,8
<b>Niederlande</b>					
1983	20,4	37,2	23,6	40,3	21,0
1987	16,1	38,9	24,9	47,8	16,8
1995	11,5	26,9	17,9	30,7	12,1
1999	7,1	17,0	7,6	21,2	7,4
<b>Portugal</b>					
1983					
1987	17,5	17,0	19,3	16,4	17,5
1995	16,0	13,8	19,6		16,0
1999	8,9	26,4	20,4	28,8	9,1
<b>Schweden</b>					
1983					
1987					
1995	19,0	17,6	24,0	12,5	19,0
1999	16,0	27,5		40,5	16,3
<b>Großbritannien</b>					
1983	20,2	22,0	21,1	22,4	20,2
1987	16,2	15,9	13,2	17,3	16,2
1995	15,3	22,6	24,1	21,5	15,5
1999	12,5	11,3	9,5	12,8	12,5
<b>EU</b>					
1983	17,2	24,7	21,5	25,9	19,6
1987	19,4	22,7	18,0	26,0	21,6
1995	21,2	20,6	15,4	22,5	21,2
1999	18,2	19,2	14,6	20,9	18,3

Anmerkung: Die Arbeitslosenquote errechnet sich aus den 15-24jährigen Arbeitslosen bezogen auf Arbeitskräfte (15-24 Jahre).

Quelle: Eurostat Arbeitskräfteerhebung

stellen ein Integrationshemmnis dar. Ausländische Frauen sind deshalb – noch mehr als ausländische Männer – in den weniger attraktiven, schlecht bezahlten Tätigkeiten zu finden, die zudem noch instabil sind (konjunkturabhängig, befristet, jederzeit kündbar usw.).

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, dass die Differenz in den Erwerbstätigenquoten zwischen einheimischen und ausländischen Frauen als Indikator der Integration in den Arbeitsmarkt angesehen werden kann. **Tabelle 5** (Seiten 14 und 15) zeigt die Beschäftigungsquoten der Einheimischen und der Ausländer in den EU-Ländern. In der Regel liegen die Erwerbstätigenquoten der ausländischen Frauen unter denen der Einheimischen. Dies gilt vor allem für Drittstaatsangehörige.<sup>9</sup> Bei den Frauen aus EU-Staaten lagen die Quoten nahe bei denen der einheimischen Frauen, in etwa der Hälfte der Mitgliedstaaten sogar darüber.

### Selbstständigkeit

Einen weiteren Anhaltspunkt für die Integration der Ausländer/ethnischen Gruppen in den Arbeitsmarkt kann der Anteil der ausländischen Selbstständigen an der Ausländerbeschäftigung liefern. Die Entscheidung für eine berufliche Selbstständigkeit kann in der Regel nur mit einer gewis-

<sup>9</sup> Unter Umständen spielt hierbei auch ein nationalitätenspezifisch unterschiedliches Erwerbsverhalten eine Rolle.

sen Kenntnis des lokalen Marktes, ausreichendem Eigenkapital oder entsprechender Kreditwürdigkeit getroffen werden, was bereits ein bestimmtes Maß an Integration voraussetzt. Eine selbständige Existenz deutet einerseits auf den Wunsch nach längerfristigem Verbleib im Aufnahmeland hin. Die Möglichkeit einer Betriebsgründung durch einen Ausländer lässt andererseits eine gewisse Offenheit von Seiten des Aufnahmelandes erkennen. Der Zugang zu Produktmärkten als Selbständiger wirkt prinzipiell integrationsfördernd.

Zu beachten ist dabei allerdings, dass der Zugang für Ausländer beschränkt sein kann, wenn die Ausübung selbständiger Tätigkeiten an die Nationalität des Wohnlandes gebunden ist. Er kann auch dadurch eingeschränkt sein, dass die Zulassungsvoraussetzungen für selbständige Tätigkeiten von Ausländern schwer zu erfüllen sind. So ist das Führen eines Handwerksbetriebes in Deutschland an die „Meisterprüfung“ gebunden. Letztere setzt den Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf voraus. Diese Voraussetzung ist von Ausländern, die das deutsche berufliche Bildungssystem nicht durchlaufen haben, praktisch nicht zu erfüllen.

Trotz mancher Einschränkungen kann der Anteil der ausländischen Selbständigen mit gewisser Berechtigung als Indikator für die Integration in den Arbeits-

Tabelle 5

Erwerbstätigenquoten von Frauen in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Österreich</b>					
1983					
1987					
1995	59,2	59,1	60,4	58,9	59,2
1999	60,0	56,3	64,7	55,0	59,7
<b>Belgien</b>					
1983	37,5	22,9	25,6	19,0	36,4
1987	38,8	21,6	26,2	12,1	37,5
1995	47,1	26,0	34,5	14,2	45,4
1999	52,3	30,3	40,7	15,4	50,2
<b>Deutschland</b>					
1983	45,3	43,9	50,0	41,9	45,2
1987	49,1	41,8	51,4	37,1	48,5
1995	56,5	43,1	55,6	38,5	55,3
1999	58,5	42,5	55,7	37,8	57,1
<b>Dänemark</b>					
1983	64,5	50,1	47,2	50,9	64,3
1987	71,3	56,4	69,2	52,5	71,0
1995	67,7	37,9	53,3	31,2	67,0
1999	72,5	48,4	82,8	35,7	71,6
<b>Spanien</b>					
1983					
1987	26,6	32,5	31,8	33,0	26,6
1995	31,2	35,5	33,3	37,2	31,2
1999	37,2	46,9	37,6	52,0	37,3
<b>Finnland</b>					
1983					
1987					
1995	58,2	45,9	33,0	48,3	58,1
1999	65,0	39,6	44,9	39,1	64,6
<b>Frankreich</b>					
1983	51,6	33,9	34,8	33,8	50,5
1987	51,0	32,6	47,7	21,2	49,8
1995	53,1	35,4	54,0	25,2	52,0
1999	54,7	35,6	55,5	26,3	53,5
<b>Griechenland</b>					
1983	34,5	27,3	36,6	25,3	34,4
1987	36,4	29,0	30,1	28,7	36,3
1995	37,9	46,1	48,5	45,4	38,0
1999	40,4	47,9	43,8	48,3	40,7



noch Tabelle 5

Erwerbstätigenquoten von Frauen in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Irland</b>					
1983	33,5	30,5	30,7	29,4	33,4
1987	33,3	28,9	30,3	23,8	33,1
1995	41,5	36,1	37,4	31,8	41,3
1999	51,5	48,4	52,3	35,8	51,4
<b>Italien</b>					
1983					34,0
1987					34,7
1995	35,6	38,1	51,8	32,5	35,6
1999	38,0	46,2	52,9	44,8	38,1
<b>Luxemburg</b>					
1983	35,8	46,3	41,1	56,0	38,6
1987	38,2	50,9	52,1	35,0	41,8
1995	38,7	48,5	49,9	34,2	42,2
1999	45,2	53,5	55,7	36,7	48,5
<b>Niederlande</b>					
1983	34,8	24,7	35,8	20,7	34,5
1987	43,1	20,7	27,2	17,6	42,4
1995	54,3	30,1	48,3	21,5	53,2
1999	62,4	37,4	59,8	24,4	61,3
<b>Portugal</b>					
1983					
1987	49,6	29,8	5,1	34,2	49,5
1995	54,4	28,0	24,9	31,7	54,3
1999	59,6	55,8	48,2	58,8	59,6
<b>Schweden</b>					
1983					
1987					
1995	73,6	50,8	64,4	40,5	72,4
1999	70,2	48,0	71,3	34,5	68,9
<b>Großbritannien</b>					
1983	51,6	47,2	55,2	42,2	51,4
1987	56,8	48,3	56,5	43,9	56,3
1995	62,0	49,0	60,9	40,8	61,4
1999	64,6	49,7	59,7	43,0	63,9
<b>EU</b>					
1983	47,2	39,5	44,8	37,4	44,0
1987	46,7	38,8	47,4	33,2	44,3
1995	50,0	41,6	53,3	35,7	49,6
1999	53,1	42,7	55,3	36,8	52,6

Anmerkung: Die Erwerbstätigenquote errechnet sich aus den 15-64jährigen Erwerbstätigen bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

Quelle: Eurostat Arbeitskräfteerhebung

markt gelten. Die Entwicklung der Selbständigenquoten zeigt **Tabelle 6** (Seiten 16 und 17). In einigen Ländern – darunter Deutschland, Frankreich und Großbritannien – haben sich die Selbständigenquoten zwischen In- und Ausländern angenähert. Eine selbständige Tätigkeit ist bei EU-Bürgern häufiger anzutreffen. Ihre Selbständigenquote liegt in manchen Ländern über der der Inländer. Allerdings ist bei der Interpretation auch Vorsicht geboten: Die Umstände der Entstehung und die Art der selbständigen Tätigkeit sind zu berücksichtigen. Blieb wegen der schlechten Arbeitsmarktlage keine bessere Alternative zur Selbständigkeit? Welches Einkommen kann daraus erzielt werden und wie überlebensfähig ist der Betrieb? Handelt es sich um Einpersonenerbetriebe oder werden auch Mitarbeiter beschäftigt?<sup>10</sup> Zur Beantwortung dieser Fragen wären weitere Informationen nötig, damit man auch die Qualität der Selbständigkeit beurteilen kann.

### Weitere mögliche Indikatoren

Jeder der ausgewählten Indikatoren beschreibt lediglich einen Teilaspekt des Arbeitsmarktes. Nur in der Zusammenschau mehrerer Indikatoren ergibt sich ein Gesamtbild des Integrationsgrades. Zu den bisherigen Kennzahlen müssten also weitere hinzukommen, für die allerdings die empirische Basis fehlt.

<sup>10</sup> Ob die AKE hierzu Aufschluss geben kann, wird in einer späteren Analyse noch zu prüfen sein.

Zu denken ist vorrangig an die Verdienste. Eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt sind gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Tätigkeiten bei gleicher Qualifikation von Inländern und Ausländern. Beides wird in der AKE leider nicht erfasst.

Die Bildungsbeteiligung ist ein weiterer wichtiger Hinweis zur Integration. Bildung fördert den Zugang zur Beschäftigung und erleichtert Chancengleichheit bei Einkommen und Berufswahl. Die AKE ließe hierfür allerdings nur eine Teilanalyse zu. Sie weist z. B. nur drei Bildungsebenen aus. Außerdem fallen die Jugendlichen der zweiten und dritten Generation nicht mehr unter „Ausländer“, sobald diese die Staatsbürgerschaft ihres EU-Landes angenommen haben. Dies dürfte bei vielen erwachsenen Jugendlichen der Fall sein. Insofern wäre eine derartige Auswertung nach Qualifikationsniveau nur sehr vorsichtig und unter Kenntnis der landesspezifischen Gegebenheiten zu interpretieren. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre zu überlegen, ob eine Auswertung Sinn macht.

Atypische Beschäftigungsformen können einen weiteren Integrationshinweis liefern. Sind ausländische Arbeitnehmer überproportional in befristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigt, deutet dies auf unsichere und in der Regel auch weniger gut be-

Tabelle 6

Selbständigenquoten in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staatsangehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU-Bürger	Nicht-EU-Bürger	
<b>Österreich</b>					
1983					
1987					
1995	11,4	5,6	22,9	3,2	10,8
1999	11,5	4,5	10,6	3,4	10,9
<b>Belgien</b>					
1983	15,0	11,7	13,6	8,6	14,7
1987	15,4	13,7	14,8	10,1	15,3
1995	15,3	16,4	17,2	14,0	15,4
1999	14,8	14,7	16,2	10,0	14,8
<b>Deutschland</b>					
1983	9,3	4,7	8,6	3,2	9,0
1987	9,3	6,7	9,5	5,0	9,1
1995	9,5	8,2	12,9	5,8	9,4
1999	10,0	9,0	12,6	7,2	10,0
<b>Dänemark</b>					
1983	11,6	7,5	13,4	3,7	11,6
1987	9,2	7,3	6,4	7,7	9,2
1995	8,3	9,9	10,0	9,8	8,4
1999	8,3	8,0	7,2	8,5	8,3
<b>Spanien</b>					
1983					
1987	23,5	24,1	28,7	19,2	23,5
1995	21,7	26,3	32,6	22,5	21,8
1999	19,2	18,9	31,1	13,2	19,2
<b>Finnland</b>					
1983					
1987					
1995	14,4	7,5	14,9	4,2	14,3
1999	13,0	11,6	15,0	10,7	13,0
<b>Frankreich</b>					
1983	13,4	4,8	13,8	3,4	12,8
1987	13,0	7,0	6,4	7,6	12,7
1995	11,7	8,9	8,8	9,0	11,6
1999	10,7	9,5	9,9	9,3	10,6
<b>Griechenland</b>					
1983	36,6	23,3	25,2	22,9	36,5
1987	35,5	25,3	29,0	24,4	35,4
1995	34,1	12,8	23,8	11,0	33,8
1999	33,0	7,2	22,9	6,0	32,0



noch Tabelle 6

Selbständigenquoten in den EU-Ländern 1983 - 1999					
Jahr	Staats- angehörige des jeweiligen Landes	Ausländer insgesamt	davon:		Gesamt
			EU- Bürger	Nicht-EU- Bürger	
<b>Irland</b>					
1983	21,3	20,1	20,3	19,1	21,3
1987	21,8	22,8	22,3	24,6	21,8
1995	20,7	22,7	22,9	22,2	20,8
1999	17,8	18,3	19,2	14,1	17,8
<b>Italien</b>					
1983					23,9
1987					24,4
1995	24,5	21,7	26,4	20,4	24,5
1999	24,5	14,9	24,0	13,0	24,4
<b>Luxemburg</b>					
1983	11,0	5,7	8,2	2,4	9,4
1987	10,9	5,5	5,2	9,8	9,2
1995	12,2	6,5	6,5	6,0	10,0
1999	9,9	6,3	6,3	6,9	8,4
<b>Niederlande</b>					
1983	9,6	5,6	9,1	3,9	9,5
1987	10,2	8,4	9,7	7,4	10,1
1995	11,6	7,9	8,6	7,1	11,5
1999	10,7	9,3	10,6	7,8	10,7
<b>Portugal</b>					
1983					
1987	27,3	15,3	42,2	8,0	27,2
1995	25,8	34,9	33,8	36,0	25,8
1999	24,8	19,1	28,1	15,7	24,7
<b>Schweden</b>					
1983					
1987					
1995	11,3	9,8	7,9	11,9	11,3
1999	10,9	11,7	8,7	15,0	10,9
<b>Großbritannien</b>					
1983	10,1	12,6	13,0	12,4	10,2
1987	12,4	15,9	15,1	16,4	12,5
1995	13,0	13,7	15,2	12,4	13,0
1999	11,6	13,6	15,8	11,8	11,7
<b>EU</b>					
1983					14,2
1987					15,9
1995	15,2	9,9	12,9	7,9	15,0
1999	14,6	10,4	13,2	8,5	14,4

Anmerkung: Selbständige bezogen auf Erwerbstätige  
Quelle: Eurostat Arbeitskräfteerhebung

zahlte Beschäftigung hin. Die AKE hat das Merkmal „befristete Beschäftigung“ nicht immer enthalten, so dass ein Vergleich über die Zeit hinweg schwierig wird. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte aber geprüft werden, ob eine Auswertung sinnvoll ist.

### Fazit

Die Arbeitsmarktposition von Ausländern war und ist in Europa, insbesondere die von Ausländern aus Drittstaaten, ungünstiger als die der Inländer – nicht jedoch immer die der Ausländer aus EU-Mitgliedstaaten. Arbeitsmarktprobleme von bestimmten Personengruppen (Frauen, Jugendliche, gering Qualifizierte) kumulieren bei Ausländern. Dies ist in allen 15 EU-Ländern der Fall. Deutschland nimmt bei den hier gewählten Indikatoren im Ländervergleich keineswegs die ungünstigsten Positionen ein.

Die Unterschiede zwischen Einheimischen und Ausländern haben sich im Zeitablauf kaum verbessert.<sup>11</sup> Erst mit dem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten sank auch die Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer aus Drittstaaten. Allerdings sind die Unterschiede zwischen Einheimischen und Ausländern

<sup>11</sup> Vgl. hierzu auch Kiehl und Werner (1998), a. a. O.

nach wie vor erheblich. Eine ungünstige Arbeitsmarktsituation mit hoher Arbeitslosigkeit trifft aber ausländische Arbeitskräfte stärker.<sup>12</sup> Dies gilt ebenso für Umstrukturierungen, z.B. bei Rationalisierungen.

Der industrielle Sektor – in dem immer noch sehr viele Ausländer beschäftigt sind – schrumpft. Freisetzen sind die Folge. Wiederbeschäftigung im expandierenden Dienstleistungssektor oder Umschulung sind schwierig wegen der oft unzureichenden Sprachkenntnisse oder der niedrigen Ausgangsqualifikation.<sup>13</sup> In die gleiche Richtung geht der seit langem zu beobachtende Trend eines steigenden Bedarfs an Fachkräften – Personen mit niedrigen Qualifikationen haben weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Wesentlicher Grund für die weiterhin unbefriedigend bleibende Arbeitsmarktsituation für ausländische Arbeitskräfte ist deren ungünstige Qualifikationsstruktur.<sup>14</sup> Zum Beispiel ist der Anteil von ausländischen Beschäftigten mit niedrigem beruflichen Qualifikationsniveau in den vergangenen zwanzig Jahren in Deutschland nicht wesentlich zurückgegangen. 1998 lag er mit über 60% (Türken über 70%) immer noch mehr als doppelt so hoch wie bei den deutschen Beschäftigten. Alarmierend ist die Situation bei ausländischen, insbesondere türkischen Jugendlichen. Ein Vergleich der jüngeren Beschäftigten zeigt, dass sich deren Qualifikationsstrukturen nicht wesentlich von der Gesamtstruktur unterscheiden. Besonders problematisch ist, dass die Bildungsbeteiligung der ausländischen Jugendlichen inzwischen zurückgeht.<sup>15</sup> So sind die Ausbildungsquoten für ausländische Jugendliche im dualen System in den letzten Jahren gesunken. 1998 beendeten über die Hälfte der ausländischen Schüler ihre schulische Ausbildung nach der Vollzeitschulpflicht, 17% verließen die Schule sogar ohne Abschluss, gegenüber 28% bzw. 7% bei den Deutschen.<sup>16</sup>

Deshalb sind auch in Zukunft verstärkte Integrationshilfen nötig, beispielsweise die Qualifizierung von ausländischen Jugendlichen oder die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Dabei muss jugendlichen Migranten und deren Eltern klar gemacht werden, wie bedeutend Schul- und Berufsausbildung für das Erwerbsleben in Deutschland sind.<sup>17</sup> Es ist auch in deren Interesse, Bildungs- und Qualifizierungsanstrengungen auf sich zu nehmen.

---

<sup>12</sup> Siehe hierzu für Deutschland Wolfgang Seifert (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern in Deutschland, Gutachten für die „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ beim BMI, [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

<sup>13</sup> Eine Rolle spielt auch die oftmals geringe Transferierbarkeit von im Ausland erworbenen Bildungszertifikaten und Qualifikationen. Vgl. Stefan Bender, Bert Rürup, Wolfgang Seifert, Werner Sesselmaier (2000): Migration und Arbeitsmarkt, in: Klaus J. Bade und Rainer Münz (2000): Migrationsreport 2000, Frankfurt/New York, S. 81

<sup>14</sup> Elmar Hönekopp (2000): Bessere Qualifizierung ist der Schlüssel, in: IAB-Materialien, Nr. 2/2000, S. 6 – 8 und Alexander Reinberg, Ulrich Walwei (2000): Qualifikationspotenziale von „Nicht-formal-Qualifizierten“, IAB-Werkstattbericht Nr. 10/2000

<sup>15</sup> Vgl. Jeschek, Wolfgang (2001): Schulbesuch und Ausbildung von jungen Ausländern – kaum noch Fortschritte, in: DIW-Wochenbericht 10/2001 und Mona Granato, Rudolf Werner (1999): Ausländische Jugendliche in Deutschland, ibv Nr. 16 vom 21 April 1999 S. 1291 ff.

Allerdings stagniert seit den 90er Jahren auch bei den deutschen Jugendlichen die Studierneigung. Dies betrifft also den oberen Teil des Ausbildungssystems. Siehe hierzu Axel Reinberg, Markus Hummel (2001): Stillstand ist Rückschritt, IAB-Kurzbericht Nr. 8/2001

<sup>16</sup> H. D. von Löffelholz und P. Hernold (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ beim Bundesminister des Inneren, S. 63, [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

<sup>17</sup> Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ (2001): Zuwanderung gestalten – Integration fördern, Berlin, S. 222, [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

*Definitionen und Abkürzungen:*

<b>Arbeitskräfte:</b>	Erwerbstätige (Arbeitnehmer und Selbständige) und Arbeitslose ab Alter 15
<b>Erwerbstätigenquote:</b>	Anteil der Erwerbstätigen an der Referenzbevölkerung (Erwerbstätige, Arbeitslose und Nichterwerbstätige)
<b>Arbeitslosenquote:</b>	Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitskräften
<b>Selbständigenquote:</b>	Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen
<b>Länderabkürzungen:</b>	A Österreich B Belgien D Deutschland DK Dänemark E Spanien FIN Finnland F Frankreich GR Griechenland IRL Irland I Italien L Luxemburg NL Niederlande P Portugal S Schweden UK Großbritannien

## Literaturverzeichnis

- Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen* (2000): Daten und Fakten zur Ausländersituation. Bonn
- K. J. Bade / R. Münz* (Hrsg.): Migrationsreport 2000. Frankfurt/New York: Campus
- Bender, S. u. a.* (2000): Migration und Arbeitsmarkt. In: K. J. Bade / R. Münz (Hrsg.): Migrationsreport 2000. Frankfurt/New York, S. 81
- Eurostat*: Erhebung über Arbeitskräfte, verschiedene Jahrgänge. Direkte Übermittlung von Eurostat
- Fuchs, J. / M. Thon* (1999): Potentialprojektion bis 2040. Nach 2010 sinkt das Angebot an Arbeitskräften. In: IAB-Kurzbericht Nr. 4/1999
- Granato, M. / R. Werner* (1999): Ausländische Jugendliche in Deutschland. ibv Nr. 16, S. 1291 ff.
- Hönekopp, E.* (2000): Bessere Qualifizierung ist der Schlüssel. In: IAB-Materialien, Nr. 2/2000, S. 6-8
- Jeschek, W.* (2001): Schulbesuch und Ausbildung von jungen Ausländern – kaum noch Fortschritte. In: DIW-Wochenbericht Nr. 10
- Kiehl, M. / H. Werner* (1998): Die Arbeitsmarktsituation von EU-Bürgern und Angehörigen von Drittstaaten in der EU. In: IAB-Werkstattbericht Nr. 7/1998
- Kiehl, M. / H. Werner* (1998): Die Arbeitsmarktsituation von EU-Bürgern und Angehörigen von Drittstaaten. In: IAB-Kurzbericht Nr. 18/1998
- von Löffelholz, H. D. / P. Hernold* (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern. Gutachten im Auftrag der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ beim BMI. <http://www.bmi.bund.de/frameset/index.jsp>
- OECD* (2001): Trends in international migration. Paris
- Reinberg, A. / U. Walwei* (2000): Qualifikationspotenziale von „Nicht-formal-Qualifizierten“. IAB-Werkstattbericht Nr. 10/2000
- Reinberg, A. / M. Hummel* (2001): Stillstand ist Rückschritt. In: IAB-Kurzbericht Nr. 8/2001
- Seifert, W.* (2001): Berufliche Integration von Zuwanderern in Deutschland. Gutachten für die „Unabhängige Kommission Zuwanderung“ beim BMI. <http://www.bmi.bund.de/frameset/index.jsp>
- Unabhängige Kommission Zuwanderung beim BMI* (2001): Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Berlin. <http://www.bmi.bund.de>
- Werner, H.* (1993): Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt – Deutschland, Frankreich, Niederlande, Schweden. ILO World Employment Programme, Working Paper. Genf
- Werner, H.* (1993): Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt. Vergleich von Frankreich, Deutschland, Niederlande und Schweden. In: MittAB 3, S. 348-361